

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 19. Dezember 1966

Blatt 4043

Die Budgetberatungen im Rathaus:

Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen

=====

19. Dezember (RK) Am heutigen neunten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Verwaltungsgruppe IX (Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen) behandelt. Stadtrat Franz Glaserer (SPÖ) führte in seinem Referat aus:

"Volkswohnungswesen ist Bundessache. Auch 1966 hat der Gesetzgeber keine Regelung auf diesen Gebiete getroffen. Damit ist die Situation am Wohnungsmarkt unverändert geblieben. Nach wie vor stehen 10.000 Wohnungen leer, werden tausende Wohnungen dem Wohnzweck entfremdet und zu Mucherablösen verschachert.

Mit 30. November ergibt sich folgender Stand an Vormerkungen: 1.016 wegen Einsturzgefahr, 3.866 wegen bestehender oder drohender Obdachlosigkeit, 144 wegen Erkrankungen, 15.659 wegen Überbelages, 5.371 wegen gesundheitsschädlicher Wohnungen, 871 wegen getrennten Haushalts. Das ergibt insgesamt 26.927 Vormerkungen.

Zahl der Vormerkungen wieder um 2.000 gesunken

Unsere Vormerkungs-Statistik zeigt abermals ein Absinken der Zahl der vorgemerkten Wohnungssuchenden: Mit 30. November 1965 hatten wir 28.958, mit 30. November 1966 26.927 Wohnungssuchende vorgemerkt. Allerdings ist die Zahl der Notstandsfälle nicht gesunken - sie blieb unverändert.

./.

In dem nun ablaufenden Jahr hat sich der Gemeinderatsausschuß IX auch sehr eingehend mit der Art unserer Vormerkung beschäftigt. Bekanntlich wird der Wohnungssuchende von der Magistratsabteilung 50 nach den Richtlinien des sogenannten Neuvermietungs-gesetzes vorgemerkt, obwohl dieses Gesetz bereits am 30. Juni 1958 abgelaufen ist.

Das Ergebnis dieser Beratungen ist, daß bei Überbelagsfällen jenen mit Generationsproblemen ein gewisser Vorzug zu geben ist.

Bei den Beratungen war neben einer Reihe von Problemen auch zu prüfen, ob ein Punktesystem unserer Vormerkungsmethode eventuell vorzuziehen wäre. Wir sind zur Auffassung gekommen, daß mit jedem System - also auch einem Punktesystem - gewisse Vorteile verbunden sind, gewiß aber auch ebenso viele Nachteile. Jedenfalls gibt es kein System, das uns helfen könnte, auch nur eines von den zahlreichen Problemen einer Lösung näher zu bringen. Manche wird die Zeit reif machen - manche sind wir nicht imstande, aus eigener Kraft zu lösen.

Assanierungsgesetz würde qualitative Wohnungsnot beheben.

Da ist das Problem Nr. 1 im Wiener Wohnungswesen: Nach wie vor der qualitative Notstand. Die Behebung dieses qualitativen Notstandes ist nur durch eine großräumige Assanierung ganzer Bezirksteile zu erreichen. Voraussetzung dafür ist ein brauchbares Assanierungs- und Baulandbeschaffungsgesetz.

Im Interesse der Bewohner dieser mehr als 200.000 qualitativ schlechten Wohnungen müssen wir verlangen, daß dem Nationalrat endlich ein solches Gesetz zur Beschlußfassung vorgelegt wird. Solange das nicht der Fall ist, muß von diesem Haus immer wieder die Forderung nach der Schaffung eines solchen Gesetzes erhoben werden.

7.045 Wohnungen zugewiesen

Unsere Zuweisungsgruppe hat in der Berichtszeit 7.045 Wohnungen zugewiesen, und zwar: 1.720 wegen Einsturzgefahr, Assanierung, Notunterkünfte, 39 wegen Erkrankung, 1.696 wegen Überbelags, 535 wegen gesundheitsschädlicher Wohnungen, 117 wegen getrennten Haushalts, 2.909 wegen sozialen Notstands (Mietrechtsübertragung), 29 an alleinstehende Personen, (von großer auf kleinere Wohnung).

Die soziale Stellung der Wohnwerber zeigt folgende Liste: 537 Bundesangestellte, 643 Gemeindeangestellte, 1.287 Pensionisten und Rentner, 3.059 Arbeiter in der Privatwirtschaft, 1.262 Angestellte in der Privatwirtschaft, 257 freiberuflich Tätige und Selbständige (ca. 3,5 Prozent).

Verwaltung von 167.000 Mietobjekten

Durch die Bautätigkeit der Gemeinde Wien sind in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. November dieses Jahres 4.680 Mietobjekte in die Verwaltung der Magistratsabteilung 52 (Verwaltung der städtischen Wohn- und Amtsgebäude; Siedlungs- und Kleingartenwesen) gekommen. Davon waren 4.443 Wohnungen und 237 Geschäftsräume.

Außerdem kamen in diesem Zeitabschnitt weitere 400 Wohnungen und 105 Geschäftsräume durch den Ankauf von Althäusern hinzu. Durch die Abtragung von Althäusern entstand ein Abgang von 668 Wohnungen und 107 Geschäftsräumen.

Mit Stichtag 30. November 1966 wurden daher insgesamt 167.463 Mietobjekte, und zwar 159.377 Wohnungen und 8.086 Geschäftsräume von der Magistratsabteilung 52 verwaltet.

40 Prozent der Neubauwohnungen mit Zentralheizung

Die Zahl der mit Zentralheizung ausgestatteten Wohnungen stieg in diesem Jahr um 1.754 auf 8.143. Es sind daher von den im Berichtszeitraum erbauten Wohnungen 40 Prozent mit Zentralheizung ausgestattet.

Mit Badeeinrichtungen wurden von der Stadt Wien bis 30. November 1966 insgesamt 67.565 Wohnungen ausgestattet. Davon sind 37.525 Wohnungen mit Brausebädern und 30.040 Wohnungen mit Wannenbädern eingerichtet. Die Zahl der von den Mietern auf eigene Kosten eingebauten Badeeinrichtungen hat sich auf 24.261 erhöht.

Es sind daher insgesamt 92.000 Wohnungen, das sind 58 Prozent der in Verwaltung der Magistratsabteilung 52 befindlichen Wohnungen, mit Badeeinrichtungen ausgestattet.

Die Zahl der Aufzüge beträgt 1.151; von den im Berichtszeitraum hinzugekommenen 138 Aufzügen sind 22 in bereits bestehende Wohnhausanlagen nachträglich eingebaut worden. Auch im kommenden Jahr wird der nachträgliche Einbau von Aufzügen fortgesetzt werden.

4.108 Montagebauwohnungen

In der Montagebauweise sind bis jetzt 4.108 Wohnungen errichtet worden. Diese Wohnungen, die am Stadtrand liegen, haben bei der Bevölkerung besonders großen Anklang gefunden, weil die Anordnung und der Grundriß der Räume ein behagliches Wohnen gewährleisten.

In diesen Bauten kann der zukünftige Mieter auch eine Wohnung wählen, in der das Vorzimmer und die Küche bereits mit Einbaumöbeln versehen sind. Selbstverständlich müssen diese Möbel der Lieferfirma bezahlt werden. Durch die Serienbestellung ist der Preis für diese Möbel als recht günstig zu bezeichnen.

Durch die Errichtung von Fernseh-Gemeinschaftsantennen ist derzeit 2.100 Mietern ein einwandfreier Fernsehempfang gewährleistet. Dafür ist ein einmaliger Baukostenbeitrag von 300 bis 500 Schilling zu leisten.

Parkplätze, Grünanlagen, Waschküchen

Im vergangenen Jahr wurde mit der Schaffung von Einzelabstellplätzen für PKW begonnen; diese Aktion hat sich in jeder Hinsicht bewährt. Heute stehen bereits 2.545 Einzelabstellplätze den städtischen Mietern zur Verfügung; der Monatszins beträgt 50 Schilling je Stellplatz.

Die um und in den städtischen Wohnhausanlagen geschaffenen Grünanlagen haben ein Gesamtausmaß von rund 4.000.000 Quadratmeter, das entspricht den Grundflächen des 6., 7. und 8. Wiener Gemeindebezirks. Für unsere Kinder wurden in diesen Grünanlagen 200 Spielplätze mit 322 Spielgeräten geschaffen.

Um den Frauen beim Washtag eine weitere Erleichterung zu verschaffen, wurde die im Jahr 1960 begonnene Aktion der Modernisierung der bereits in den früheren Jahren maschinell eingerichteten Waschküchen fortgesetzt. Für diesen Zweck sind im Budget 1967 3,6 Millionen Schilling vorgesehen. Mit Stichtag 30. November 1966 stehen den städtischen Mietern bereits 3.037 maschinelle Kleinwaschküchen zur Verfügung.

Hauptberufliche Hausbesorger

Derzeit betreuen 3.811 Hausbesorger unsere Wohnhausanlagen. Wenn auch die große Mehrheit der Hausbesorger die übernommene Aufgabe in zufriedenstellender Weise erfüllen, bleibt doch eine

nicht geringe Zahl, bei denen es anders ist. Daher ist die Magistratsabteilung 52 dazu übergegangen, versuchsweise hauptberufliche Hausbesorger anzustellen.

Diese hauptberuflichen Hausbesorger erhalten ein Arbeitsgebiet, das sie in einer durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit von rund 45 Stunden bewältigen können. Dafür bekommen sie ein über den Durchschnitt eines Arbeiterlohnes liegendes Entgelt. Diese Hausbesorger müssen also bei nicht ordnungsgemäßer Pflichterfüllung nicht nur mit dem Verlust der gut ausgestatteten und modernen Dienstwohnung, sondern auch mit dem Verlust einer gut bezahlten und gesicherten Anstellung rechnen. Wir erwarten, daß die hauptberuflichen Hausbesorger dank der ihnen gebotenen günstigen Arbeitsbedingungen die ihnen anvertrauten Häuser mit besonderer Sorgfalt betreuen werden.

Im Berichtszeitraum wurden von den 594 eingelangten Ansuchen um Wohnungstausch 461 genehmigt, die übrigen wurden abgelehnt oder von den Antragstellern zurückgezogen. Ablehnungen erfolgen nur, wenn ein Scheintausch vermutet wird, oder wenn durch den Tausch ein Überbelag entstehen würde.

Für das Budgetjahr 1967 rechnet die Wohnhäuserverwaltung mit Ausgaben von 471 Millionen Schilling, wovon 118 Millionen für die Erhaltung der Wohnhäuser und deren allgemein benützbaren Einrichtungen bestimmt sind. Da in diesen 471 Millionen auch die Wertabschreibung mit einem Betrag von 106 Millionen Schilling enthalten ist, betragen die tatsächlichen Ausgaben nur 365 Millionen Schilling, denen Einnahmen in der Höhe von 424 Millionen Schilling gegenüberstehen. Dies bedeutet, daß wir 1967 instande sind, aus den Einnahmen 59 Millionen für die mit 106 Millionen eingesetzte Wertabschreibung aufzubringen.

Siedlungs- und Kleingartenwesen

Die gleichfalls zur Magistratsabteilung 52 gehörende Gruppe Siedlungs- und Kleingartenwesen hat vom 1. Jänner bis 30. November 1966 Baurechte an städtischen Grundflächen im Ausmaß von 60.316 Quadratmeter bestellt beziehungsweise Baurechte im Ausmaß von 1.335 Quadratmeter ins Siedlereigentum übertragen, so daß derzeit 5.869.442 Quadratmeter städtischer Grundflächen durch Baurechtinhaber genützt werden.

Außerdem lief die im Jahr 1961 begonnene Aktion, die in den Stadtrandsiedlungen bestehenden Bestandrechte in Baurechte umzuwandeln, weiter. Die bisher eingebrachten 41 Anträge der Stadtrandsiedler von den Anlagen Aspern, Breitenlee und Nordrand wurden in vollem Umfang vom Gemeinderatsausschuß IX genehmigt. Dadurch wurden insgesamt 60.159 Quadratmeter Pachtflächen in Baurechtsflächen umgewandelt.

Zum Zweck der Errichtung eines städtebaulichen Zentrums in der Großfeldsiedlung im 21. Bezirk wurden von den dort befindlichen 425 Siedlerstellen bisher 78 im Ausmaß von 191.804 Quadratmeter in Zusammenarbeit mit der Stadtbauamtsdirektion freigemacht.

Die am 1. Jänner 1966 für Kleingärten zur Verfügung gestandene Grundfläche von 5,969.000 Quadratmeter verminderte sich im Berichtszeitraum um 47.000 Quadratmeter. Diese Grundflächen sind für die Verbauung mit Wohnhausanlagen und Verkehrsbauwerken benötigt worden. Am 30. November 1966 standen der kleingärtnerischen Nutzung 5,922.000 Quadratmeter zur Verfügung.

Wie im Vorjahr wurde auch heuer dem Zentralverband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter für die Schaffung und Erhaltung von Gemeinschaftsanlagen ein Rahmenkredit in der Höhe von 200.000 Schilling gegeben.

Durch einen Kredit von 1,000.000 Schilling ist es dem Österreichischen Siedlerverband im Jahr 1966 ermöglicht worden, einerseits Siedlervereinen Darlehen zur Neuanschaffung, Erneuerung und Instandsetzung von Gemeinschaftsanlagen und andererseits bedürftigen Siedlern zur Fertigstellung begonnener Siedlungshäuser Fertigstellungskredite mit einem mäßigen Zinsfuß zu gewähren.

Im Voranschlag 1967 ist für den Österreichischen Siedlerverband und den Zentralverband der Kleingärtner ein Rahmenkredit von 1,200.000 Schilling vorgesehen.

Verwaltung der Obdachlosenheime

In der Zeit vom 1. Jänner bis 30. November 1966 gab es in den Herbergen für Obdachlose 449.447 Nächtigungen. Gegenüber dem Jahre 1965 ist, wie in den Vorjahren, ein weiteres Absinken der Nächtigungen, nämlich um 11.507, festzustellen.

Im Familienheim 3, Gänsbachergasse, sind mit Stichtag 30. November 1966 80 Familien mit 329 Personen und im Heim 12, Kastanienallee 83 Familien mit 335 Personen untergebracht.

Die Durchschnittsfrequenz pro Nächtigung in allen Herbergen beträgt daher 1.345 Personen.

Im Lager Auhof sind derzeit in 27 Baracken 188 Familien mit 902 Personen, sowie 32 Einzelpersonen, also insgesamt 934 Personen, untergebracht.

Neues Heim für 1000 Obdachlose

Für Instandhaltungsarbeiten und Verbesserungen in diesen Heimen sind im Voranschlag 850.000 Schilling vorgesehen.

Für den Neubau eines Obdachlosenheimes im 3. Bezirk, Gänsbachergasse, ist als erste Baurate ein Betrag von 3,7 Millionen Schilling vorgesehen. Dieses Gebäude wird neugeschossig errichtet werden und rund 1.000 obdachlosen Menschen Unterkunft gewähren können.

Schließlich ist noch die Amtshäuserverwaltung zu erwähnen. Diese verwaltete mit Stichtag 30. November 1966 144 Objekte, und zwar in Wien 86 Amtshäuser, und 52 Häuser für verschiedene Zwecke außerhalb von Wien 6 Amtshäuser, die durchwegs als Kindererholungsheime Verwendung finden.

Wohnhäusererhaltung und -demolierung

Die Arbeiten der Magistratsabteilung 27 (Wohnhäusererhaltung) beschränken sich nicht allein auf die reine Erhaltung des städtischen Wohn- und Treuhandbesitzes. Verbesserungen in bestehenden Waschküchen, nachträgliche Lifteinbauten und dgl. wurden schon im Bericht der Häuserverwaltung erwähnt. In nicht weniger als 238 Stiegenhäusern wurden die Steigleitungen verstärkt. In der Siedlung Lockerwiese mit 132 Häusern und in 14 Wohnblocks mit 492 Häusern der Siedlung Freihof wurden Stromverbesserungsarbeiten vorgenommen.

./.

19. Dezember 1966

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 4050

Im Laufe dieses Jahres hat die Magistratsabteilung 27 insgesamt 81 Objekte - 668 Wohnungen - vollständig und 8 teilweise demoliert. Daneben mußten an 30 Häusern Pölzungen und Sicherungsarbeiten durchgeführt werden.

Schwerpunktprogramme für Instandsetzungsarbeiten

Erstmalig kamen 1966 Schwerpunktprogramme zur Durchführung, das heißt, daß eine Wohnhausanlage in einem Jahr zu 100 Prozent instandgesetzt wird. Solche Schwerpunktprogramme sind: 10, Neireichgasse 105 (Jaureshof), 10, Quellenstraße 24a, 11, Simmeringer Hauptstraße 142-150, 15, Siedlung Schmelz, 16, Rosenackergasse 2-24, 19, Heiligenstädter Straße 82-92 (Karl Marx-Hof).

Bei der ungemein großen Zahl der Aufgaben, die von dieser Abteilung zu bewältigen sind und der ebenso großen Zahl von Wünschen, die an diese Abteilung herangetragen werden, ist es verständlich, daß die zur Verfügung stehenden Mittel nie ausreichen, um alle Wünsche zu erfüllen. Immerhin sind für 1967 110,000.000 Schilling vorgesehen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Christkindl für 16jährige: Ein Rollstuhl
=====Ein Jugendklub für Körperbehinderte

19. Dezember (RK) Samstag nachmittag hielt der Verband aller Körperbehinderten Österreichs, so wie jedes Jahr, im Bayrischen Hof in der Taborstraße seine Weihnachtsfeier ab. So wie jedes Jahr waren es auch diesmal Soldaten, die in freiwilligen Einsätzen für die Körperbehinderten gesammelt hatten und dafür nun auch öffentlich belobigt wurden.

Unter den Ehrengästen sah man Landesverteidigungsminister, Dr. Georg Prader, Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel und den Amtsführenden Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dr. Maria Schaumayer. Letztere war aus einem besonderen Anlaß zu den Körperbehinderten gekommen: Durch einen Brief mit einer Anfrage, wohin man 20.000 gesammelte Tramway-Fahrscheine schicken müsse, um dafür einen Rollstuhl für einen Bedürftigen zu erhalten, hatte sie ganz unbürokratisch reagiert und obzwar sie ein amtliches "nein" zu der Sammelaktion geben mußte, dennoch einen Rollstuhl aufgetrieben. Und um diesen ging es.

Im gestecktvollen Saal konnte Dr. Schaumayer der 16jährigen Gerda Hosnedl aus Wien 4, die seit früher Jugend an beiden Beinen gelähmt ist, den zusammenlegbaren Rollstuhl übergeben. Mit der Übergabe des Rollstuhls wurde aber nicht nur einem körperbehinderten Menschen eine unverhoffte Weihnachtsfreude gemacht, sondern auch jener "Tante" und den Kindern, die in rührendem Glauben an eine gute Sache, Tramway-Fahrscheine gesammelt und damit die gute Tat indirekt ausgelöst hatten.

Der Präsident des Verbandes, Gemeinderat Dozent Dr. Alfred Gisel, dankte im Namen aller für die hochherzige Spende und konnte außerdem berichten, daß der seinerzeit vom "Tramway-Stadtrat" initiierte erste Jugendklub für Körperbehinderte bereits im Frühjahr bestehen werde. In diesem Klub werden auch alle jene Körperbehinderten, die von der Umgebung oder von anderen Bundesländern zu Besuch nach Wien kommen, übernachten und Mahlzeiten einnehmen können.

Weihnachts- und Silvesterfeiern der Wiener Pensionistenklubs
=====

Alle alleinstehenden Personen sind dazu herzlich eingeladen!

19. Dezember (RK) Auch heuer werden in zahlreichen Bezirken Wiens am Heiligen Abend und am Silvestertag die Pensionistenklubs für einsame Menschen offen gehalten.

Der Besuch dieser Pensionistenklubs ist allen Personen, auch wenn sie sonst nicht Klubbesucher sind, frei zugänglich. Der Sinn dieser Aktion ist darin gelegen, den einsamen und alleinstehenden Mitbewohnern unserer Stadt gerade an jenen Tagen, an denen sie sich besonders verlassen fühlen, die Möglichkeit zu bieten, einige Stunden in froher Gemeinschaft zu verbringen.

Es werden daher am Heiligen Abend die Pensionistenklubs 1, Stoß im Himmel 2 von 17 bis 19 Uhr, 7, Kaiserstraße 38 von 15 bis 18 Uhr und die folgenden jeweils von 16 bis 20 Uhr geöffnet sein: 8, Bennoplatz 1 a, 10, Troststraße 17/7, 11, Enkplatz 2, 13, Wolkersbergenstraße 170, 14, Linzer Straße 254, 16, Wurlitzergasse 59, 18, Weimarer **Straße** 8, 21, Freytaggasse 14/21, 21, Weisselgasse 9-13, 22, Erzherzog Karl-Straße 65 und 23, Liesing, Breitenfurter Straße 358.

Am Silvestertag hält der Pensionistenklub 7, Kaiserstraße 38 von 15 bis 19 Uhr geöffnet. Die nachstehend angeführten Klubs haben von 16 bis 20 Uhr Klubbetrieb: 3, Erdbergstraße 26, 7, Hermannsgasse 24, 10, Puchsbaumplatz 13, 11, Enkplatz 2, 16, Wurlitzergasse 59, 18, Weimarer Straße 8, 21, Freytaggasse 14/21, 21, Weisselgasse 9-13 und 21, Rußbergstraße 27.

- - -

Karl Pick zum Gedenken

=====

19. Dezember (RK) Auf den 21. Dezember fällt der 100. Geburtstag des Gründers und Obmanns des Zentralvereines kaufmännischer Angestellter Karl Pick.

Er wurde in der böhmischen Landgemeinde Peček geboren und arbeitete nach der Schule im Kaufmannsberuf. Schon frühzeitig kam er nach Wien, wo er sich der freigewerkschaftlichen Bewegung und der sozialdemokratischen Partei anschloß. 1891 nahm er an der Gründungsversammlung des Vereins kaufmännischer Angestellter, der ersten Angestelltenorganisation, teil. 1904 wurde der ganz Österreich umfassende "Zentralverein" gegründet und Pick zu dessen Präsidenten gewählt. Er leitete den Verband ohne Unterbrechung bis zur Auflösung im Jahre 1934. Auch in den zentralen Gewerkschaftsstellen war er tätig. 1913 erfolgte seine Wahl zum Mitglied der Gewerkschaftskommission. In der Republik wurde er Mitglied des Präsidiums des Bundes freier Gewerkschaften. 1919 wurde er in die konstituierende Nationalversammlung und später in den Nationalrat gewählt, dem er in allen Gesetzgebungsperioden bis zum Februar 1934 angehörte. Karl Pick war an dem sozialen Aufstieg der Handelsangestellten in der Monarchie und den ersten Jahren der Republik maßgebend beteiligt und verteidigte mit ganzer Kraft die Rechte dieses Berufsstandes in den Jahren der Krise. Das Handlungsgesetz 1910 war eines der ersten sozialpolitischen Schutzgesetze, dessen Errungenschaften dann im Angestelltengesetz der Republik bedeutsam erweitert wurden. 1916 kam der erste Kollektivvertrag für kaufmännische Angestellte zustande. Karl Pick starb am 3. August 1938 im Krankenhaus der Wiener Kaufmannschaft. Aus rassistischen Gründen mußte in diesem von ihm mitbegründeten Spital sein Bett in einen Winkel des Ganges gestellt werden. Im Jahr 1965 wurde ein großer Wohnbaukomplex der Gemeinde Wien nach ihm benannt.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Debatte über das Wohnungswesen
=====

19. Dezember (RK) Als erster Debattenredner zur Geschäftsgruppe IX kommt Gemeinderat Maller (KLS) zu Wort. Der Redner stellt fest, daß der Wohnungsbedarf in unserer Stadt nach wie vor sehr groß ist. Es gibt 26.927 dringende vorgemerkte Fälle und 43.000 Wiener Häuser, die in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg errichtet wurden und keineswegs den Anforderungen entsprechen. Außerdem ist die Zahl jener junger Ehepaare sehr groß, die in Untermiete oder getrennt leben müssen, weil sie keine Wohnung haben. Zu diesem großen Wohnungsbedarf steht in krassen Gegensatz die Zahl jener Wohnungen, die freistehen, weil für ihre Vergabe ungeheure Ablösebeträge verlangt werden. Unsere Gesetzgebung hat, wie der Redner feststellt, auf diesem Gebiet vollkommen versagt. Dem Verlangen seiner Fraktion, nach Einführung einer Abgabe für leerstehenden Wohnraum müßte daher endlich stattgegeben werden. Diese Abgabe müßte in einer Höhe sein, die es den Hausherrn verleiden würde, Wohnungen leerstehen zu lassen. Im Prinzip müßte überhaupt nur die Gemeinde das Recht haben, leerstehende Wohnungen zu vergeben. Dadurch könnte auch verhindert werden, daß mit leerstehenden Wohnungen ein riesiges Geschäft gemacht wird. Jeder, der sich in Zeiten eines Notstandes - und auf dem Wohnungssektor haben wir diesen Notstand auch heute - durch den teuren Verkauf einer Mangelware bereichert, ist ein Parasit.

Den sozialen Wohnungsbau bezeichnete der Redner als jene Methode des Wohnbaues, durch die den arbeitenden Menschen unserer Stadt in Zeiten der Wohnungsnot, des Bodenwuchers und des Schachers mit Wohnungen, ausweichender und guter Wohnraum zur Verfügung gestellt wird. Jeder Versuch, von diesem sozialen Wohnbau abzugehen, müßte daher nicht nur von den Wohnungsuchenden, sondern von allen sozial denkenden Menschen abgelehnt werden. Man soll nicht immer behaupten, die Leute geben für Auto oder Urlaub auch viel Geld aus und könnten daher einen Beitrag für den Bau einer Wohnung leisten. Auto und Urlaub kosten nur einen Bruchteil einer Wohnung. Außerdem sei die Zahl jener, die keinen Baukostenbeitrag leisten können, viel größer als die Zahl derer, die Beiträge für Eigentums- oder Genossenschaftswohnungen leisten können.

Die Siedlungsgenossenschaften sind heute fast nicht mehr in der Lage, für den kleinen Mann mit einem Durchschnittseinkommen zu bauen. Die auf dem privaten Kapitalmarkt zu beschaffenden Finanzierungsmittel haben zu einer bedeutenden Erhöhung des Bauaufwandes geführt. Die Baukosten sind in den letzten zwei Jahren um elf bis zwölf Prozent gestiegen. Die verantwortlichen Stellen in unserem Lande müßten sich klar darüber sein, welche wirtschaftlichen Auswirkungen eine Zinserhöhung hätte. Es ist richtig, daß andere Länder höhere Mietzinse haben, das Einkommen der dort arbeitenden Menschen ist aber auch bedeutend höher. Höhere Mietzinse würden aber die Forderung nach höheren Löhnen nach sich ziehen und damit eine Verteuerung der erzeugten Waren herbeiführen. Die Folge wäre eine Absatzkrise für österreichische Produkte. Vor dieser Hausherren- und ÖVP-Politik muß energisch gewarnt werden. Warnen muß man aber auch davor, in solchen Zeiten mit den Gedanken der totalen Aufgabe des sozialen Wohnungsbaues zu spielen. Man muß auch aufhören, davon zu reden, daß die Gemeinde Wien Wohnungen verschenkt. Die Gemeindewohnungen werden mit den Geldern der Steuerzahler für Steuerzahler gebaut, und zwar für solche mit niedrigen Einkommen. Außerdem zahlen die Gemeindemieter mit der Miete den Baukostenaufwand zurück. Von einem Geschenk kann hier also keine Rede sein. Durch die Erhebung von Baukostenzuschüssen könnte man nicht eine einzige Wohnung mehr bauen. Das Ziel des sozialen Wohnungsbaues in Wien muß es sein, jeder Familie eine geräumige, billige Wohnung zu garantieren.

Der Redner tritt dafür ein, das Recht auf den Wohnungstausch gesetzlich zu verankern, denn auch durch die Zustimmung zu einem Tausch erzielen die Hauseigentümer enorme und ungerechtfertigte Gewinne. Derartige Methoden könnten nur als moderne Leibeigenschaft bezeichnet werden.

Heuer dürfen die Hausherrn den fünfeinhalbfachen Zins verlangen, wenn sie zinsfreie Instandhaltungsdarlehen verlangen wollen, früher war es nur der viereinhalbfache Zins. Dadurch seien für viele Mieter Mehrbelastungen entstanden. Man spreche davon, Wien beabsichtige eine Erhöhung auf den sieben- bis siebeneinhalbfachen Zins dafür zu gestatten:

./:

Es sei begrüßenswert, wenn Althäuser repariert werden, dies dürfe aber nicht auf Kosten der Mieter gehen. Das Beste wäre ein Reparaturausgleichsfonds.

Die Ausstellung "Garten - Stätte unserer Erholung" habe die volkswirtschaftliche Bedeutung des Wiener Kleingartenwesens gezeigt. Dennoch werden statt bisher 9 Groschen ab 1967 46 Groschen Grundsteuer pro Quadratmeter eingehoben. Der Wiener Finanzreferent habe auch auf eine Nachzahlung der Grundsteuer nicht verzichtet. Dazu komme eine Pachterhöhung von 9 auf 14 Groschen pro Quadratmeter und eine Erhöhung der Verwaltungskosten von zwei auf drei Groschen. Bei der gegenwärtigen Preisbewegung summieren sich auch solche geringe Teuerungsbeträge. Jedenfalls sei von einer Förderung der Kleingartenbewegung nichts zu bemerken.

Die Wiener Landeskonferenz der Kleingärtner habe festgestellt, daß 1967 wieder 600 Parzellen gekündigt werden. Nur für einen kleinen Teil davon gibt es Ersatzgründe. Wien brauche eine aktive Kleingartenpolitik. Dazu gehöre die Bereitstellung geeigneter Grundstücke und eine ausreichende Subventionierung der Kleingärtner- und Siedlerverbände.

Die KLS-Fraktion werde den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen.

Dr. Schmidt (FPÖ) stellt fest, es habe auch 1966 keine entscheidenden Veränderungen im Wohnungswesen gegeben. Trotz intensiver Bautätigkeit sei die Zahl der Wohnungssuchenden konstant geblieben und eine Befriedigung des Bedarfs ist nicht abzusehen. Das quantitative Wohnungsdefizit - errechnet aus der Differenz der Zahl der Haushalte und der Zahl der Wohnungen - ist in ganz Österreich von 1951 bis 1961 von 148.000 auf 155.000 gestiegen, obwohl die Nettobauleistung in diesen zehn Jahren in Österreich 344.000 Wohnungen betrug. Im selben Zeitraum wurden 151.000 Wohnungen zweckentfremdet und 97.000 stehen zugegebenermaßen leer.

In Wien machte die Differenz zwischen der Zahl der Haushalte und der Zahl der Wohnungen im März 1961 37.817 aus. Von 1961 bis 1965 sind laut Statistik 56.874 Wohnungen neu gebaut und 5.035 abgebrochen worden. Dennoch sei auch in Wien die Zahl der Wohnungssuchenden gleich geblieben.

Eine große Entlastung des Wohnungsmarktes wäre durch eine Heranziehung der zweckentfremdeten beziehungsweise leerstehenden Wohnungen gegeben. Aber wie dies zu bewerkstelligen sei, darüber habe sich die Koalition nicht einigen können. Der Wohnungsmarkt sei in einen teilweise freien, teilweise gelenkten gespalten und biete einen Tummelplatz für Spekulanten und das Ablöse-Unwesen. Den Wohnungssuchenden werde es immer gleichgültiger, ob eine Linderung der Wohnungsnot durch eine Wiedereinführung des Wohnungsanforderungsgesetzes oder durch eine Erhöhung der Mietzinse herbeigeführt werden könnte. Eine Besteuerung leerstehender Wohnungen habe keine Aussicht auf Erfolg.

Nach Zeitungsmeldungen vor einigen Wochen stehe Wien am Wendepunkt seiner Wohnungspolitik. Offenbar habe die Rathausmehrheit die Ungerechtigkeiten in der Wohnungswirtschaft eingesehen, die darin bestünden, daß Gemeindewohnungen ohne Rücksicht auf die Einkommensverhältnisse des Wohnungswerbers und ohne öffentliche Kontrolle vergeben würden. Daß die Parkplätze vor neuerrichteten städtischen Wohnhausanlagen immer gleich belegt seien, sei ein Beweis dafür, daß den Wohnungssuchenden oft das Auto wichtiger sei, als die Wohnung. Leider sei aus dem Referat des Berichterstatters auch nicht andeutungsweise hervorgegangen, daß die Wohnungsvergabe jetzt auf eine neue Grundlage gestellt werden soll. 1967 werden nur 25 Prozent der Gemeindewohnungen im sogenannten Sonderbauprogramm errichtet werden.

Zur Frage der sozialen Bedürftigkeit fordert der Redner die Festlegung einer Einkommensgrenze, im Zusammenhang mit der Wohnungszuweisung die Einführung eines Systems und der öffentlichen Kontrolle. Das System könnte etwa ein Punktesystem oder etwas ähnliches sein, wie es seit Jahren bereits in Graz mit Erfolg angewendet wird. Ein Punktesystem hat zwar auch Nachteile, das ist richtig, aber es würde ein gleichmäßiges Vorrücken der Bewerber sicherstellen. In Bezug auf die Kontrolle durch die Öffentlichkeit hält der Redner frühere Forderungen aufrecht, wonach die Namen und Anschriften der neuen Mieter im Amtsblatt der Stadt Wien veröffentlicht werden sollten, und zwar ohne Begründung der Zuweisung.

Eine große Entlastung des Wohnungsmarktes wäre durch eine Heranziehung der zweckentfremdeten beziehungsweise leerstehenden Wohnungen gegeben. Aber wie dies zu bewerkstelligen sei, darüber habe sich die Koalition nicht einigen können. Der Wohnungsmarkt sei in einen teilweise freien, teilweise gelenkten gespalten und biete einen Tummelplatz für Spekulanten und das Ablöse-Unwesen. Den Wohnungssuchenden werde es immer gleichgültiger, ob eine Linderung der Wohnungsnot durch eine Wiedereinführung des Wohnungsanforderungsgesetzes oder durch eine Erhöhung der Mietzinse herbeigeführt werden könnte. Eine Besteuerung leerstehender Wohnungen habe keine Aussicht auf Erfolg.

Nach Zeitungsmeldungen vor einigen Wochen stehe Wien am Wendepunkt seiner Wohnungspolitik. Offenbar habe die Rathausmehrheit die Ungerechtigkeiten in der Wohnungswirtschaft eingesehen, die darin bestünden, daß Gemeindewohnungen ohne Rücksicht auf die Einkommensverhältnisse des Wohnungswerbers und ohne öffentliche Kontrolle vergeben würden. Daß die Parkplätze vor neuerrichteten städtischen Wohnhausanlagen immer gleich belegt seien, sei ein Beweis dafür, daß den Wohnungssuchenden oft das Auto wichtiger sei, als die Wohnung. Leider sei aus dem Referat des Berichterstatters auch nicht andeutungsweise hervorgegangen, daß die Wohnungsvergabe jetzt auf eine neue Grundlage gestellt werden soll. 1967 werden nur 25 Prozent der Gemeindewohnungen im sogenannten Sonderbauprogramm errichtet werden.

Zur Frage der sozialen Bedürftigkeit fordert der Redner die Festlegung einer Einkommensgrenze, im Zusammenhang mit der Wohnungszuweisung die Einführung eines Systems und der öffentlichen Kontrolle. Das System könnte etwa ein Punktesystem oder etwas ähnliches sein, wie es seit Jahren bereits in Graz mit Erfolg angewendet wird. Ein Punktesystem hat zwar auch Nachteile, das ist richtig, aber es würde ein gleichmäßiges Vorrücken der Bewerber sicherstellen. In Bezug auf die Kontrolle durch die Öffentlichkeit hält der Redner frühere Forderungen aufrecht, wonach die Namen und Anschriften der neuen Mieter im Amtsblatt der Stadt Wien veröffentlicht werden sollten, und zwar ohne Begründung der Zuweisung.

Die FPÖ-Fraktion wird den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe die Zustimmung verweigern.

GR. Helene Potetz (SPO) befaßt sich einleitend mit der Modernisierung der Waschküchen und dem Einbau von Aufzügen in Alt-Gemeindehäusern. Die Waschküchen-Modernisierungsaktion wurde vor zehn Jahren begonnen, bis Ende 1966 werden 1.747 Waschküchen modernisiert sein. An Aufzügen wurden bisher 130 in Alt-Gemeindehäusern eingebaut. Leider ist der Einbau in den alten Häusern nicht immer möglich, deshalb sollte man in Zukunft mehr daran denken, Aufzugsschächte an den Hofseiten der Häuser anzubringen. Zur Frage der Unterbringung von Krankenpflegepersonal gibt die Rednerin bekannt, daß in den letzten sechs Jahren 603 Pflegerinnen und Pfleger mit ihren Familien Unterkünfte in Gemeindebauten zur Verfügung gestellt wurden.

Die Debattenrednerin betont sodann, daß in den letzten sechs Jahren 818 pensionierte Hauswarte aus Gemeindehäusern und 2.229 pensionierte Hauswarte aus Privathäusern in Gemeindewohnungen untergebracht wurden. Wenn man bedenkt, daß 30.000 Wohnungen in Wiener Privathäusern leerstehen, dann fragt man sich, wo das soziale Gewissen der Hausherrn ist. Es stimmt zwar, daß heute kaum junge Menschen in alte Zinshäuser ziehen wollen, aber es gibt genügend andere Leute, die solche Wohnungen sofort nehmen würden.

GR. Helene Potetz unterbreitet sodann folgenden Vorschlag: Bei der Finanzgruppe gibt es ein Komitee für soziale Arbeit, deren Präsident Stadtrat Maria Jacobi ist. Dieses Komitee kauft Wohnungen in Althäusern auf, die den Absiedlern aus dem Lager Auhof zur Verfügung gestellt werden. Wenn diese Aktion auslaufen sein wird, sollte das Komitee weiterhin solche Wohnungen ankaufen und pensionierten Hauswarten zur Verfügung stellen.

Zur Erleichterung der schweren Arbeit der Hauswarte im Winter sollte man sich die Erfahrungen mit den kleinen Schneepflügen für Gehsteige zunutze machen, mit denen vor zwei Jahren bereits Versuche angestellt wurden. Die Rednerin gibt ihrer Genugtuung darüber Ausdruck, daß dem Wohnungsamt nunmehr stets familien-gerechte Wohnungen zur Verfügung gestellt werden.

Es wird viel von einer Wohnbaureform gesprochen. Wir wissen noch nicht, was damit gemeint ist. Sollte sich eine solche Reform jedoch auf Zinserhöhungen oder die Aufhebung des Mieterschutzes beschränken, dann wird die Sozialistische Partei schärfsten Protest dagegen einlegen. Die SPÖ wird ferner weiterhin darauf achten, daß alle Mittel für den Wohnbau ordnungsgemäß und kontrollierbar verwendet werden.

"In eigener Sache" stellt GR. Helene Potetz fest, daß sie heuer bereits zum 21. mal an den Budgetberatungen teilnimmt. Die Debatten sind nicht immer so friedlich verlaufen wie diesmal, die Wohnungsfrage aber stand stets im Vordergrund. Trotz allen gegenteiligen Meinungen haben wir uns immer wieder "zusammengestritten". Sie sei stolz darauf, einer Partei anzugehören, die bestimmend mitgeholfen hat, dies alles zu schaffen.

GR. Dr. Ebert (ÖVP) spricht über die Versorgung der Bevölkerung in den Stöckrandgebieten. Man müsse leider feststellen, daß die Versorgung in den neuen Zentren nicht so vor sich geht, wie das die Bevölkerung wünscht. Die Nachteile sind die monopolisierten Verkaufsorganisationen des Handels und das Fehlen gewerblicher Erzeugungs- und Reparaturbetriebe. Der Redner verlangt daher in einem Antrag, Bedarfsermittlungen durch Untersuchungen der Standortberatungsstelle durchzuführen. Auf Grund dieser Ergebnisse müsse dann die Errichtung von Geschäftslokalen und Gewerbebetrieben in neuen Wohngebieten eingeplant werden, wobei die Vergabe durch öffentliche Ausschreibung erfolgen soll.

Ausführlich beschäftigt sich Dr. Ebert mit den Mieten in den Gemeindehäusern. Laut StR. Glaserer betragen die Durchschnittsmieten ohne Betriebskosten bereits 5,24 Schilling pro Quadratmeter. Das zeigt auch, daß VBgm. Slavik mit seinen Grundsteuervorausagen unrecht hatte. Die Mietzinse sind in den letzten Jahren um 64 Prozent gestiegen, die Zahl der Wohnungen aber nur um 16 Prozent. Dies sei kein Vorwurf, sondern nur eine nüchterne Feststellung, damit man auch in diesem Haus einmal zur Ehrlichkeit zurückkehrt. Man kann eben Wohnungen nicht verschenken. In diesem Zusammenhang prangert der Redner auch die Ungerechtigkeit des Paragraph 7 an, weil dadurch die schlechtesten Wohnungen in Wien die teuersten geworden sind.

Zum Bodenbeschaffungsgesetz: Wir haben im Prinzip als echte Vertreter der Bevölkerung absolut nichts gegen eine gesetzliche Regelung. Es muß aber auch die Sicherheit vorhanden sein, daß der, der verkaufen muß, einen absolut gerechten Preis bekommt. (GR. Windisch, SPÖ: Kennen Sie einen Fall, wo das nicht der Fall war?) Das mag zutreffen, aber jetzt haben Sie ja noch nicht das Gesetz. Die Voraussetzungen müssen klar und eindeutig sein, daß niemanden Unrecht geschieht. (GR. Windisch: Richtig!)

Zur neuen Wiener Wohnbauaktion meint der Redner, nichts gegen diese Aktion an und für sich, aber auch hier müssen wir doch eines sehen: Für die jungen Ehepaare und die mittleren Einkommenschichten ist die Aktion kein geeignetes Mittel.

Zur Vergebung von Wohnungen an freiberuflich Tätige wie Ärzte usw.: Nach Ansicht seiner Fraktion, stellt der Redner fest, müßten selbstverständlich **praktische** Ärzte, Zahnärzte, auch Fachärzte, eine Gemeindewohnung bekommen können. Man soll dem jungen Arzt, die Wohnung auch umsonst geben. Er soll aber damit nicht ein Geschenk auf Dauer erhalten, sondern dann, wenn sein Verdienst größer geworden ist - Ärzte haben vielfach ein Monatseinkommen von 20.000, 30.000 Schilling oder noch mehr - seinen Beitrag für diese Wohnung leisten. Der Grundsatz seiner Fraktion sei, den Schwachen helfen, aber Leistung verlangen von dem, der finanziell dazu in der Lage ist.

GR. Maria Hirschler (SPÖ) erklärt zu den Ausführungen des GR. Dr. Ebert über Einkaufszentren, daß die Stadtverwaltung bemüht sei, vorerst in den Einkaufszentren die für die dort wohnende **Bevölkerung** lebenswichtigen Geschäfte unterzubringen. Selbstverständlich wird den **Wünschen** der **Bevölkerung** dabei Rechnung getragen. Es sei auch unrichtig, daß in dem genannten Einkaufszentrum keine echte Konkurrenz möglich sei, dann es ist nicht nur der Konsum untergebracht, sondern auch eine Meidl-Filiale. Im Namen der Donaustädter Bevölkerung dankt sie der Stadtverwaltung für die Errichtung des Einkaufszentrums in diesen Bezirk. Sie knüpft daran die Bitte, auch in anderen Teilen unserer Stadt derartige Zentren zu errichten, um den berufstätigen Frauen die Möglichkeit zu bieten, rechtzeitig gute und billige Waren erwerben zu können.

GR. Jodlbauer (SPÖ) spricht über die Ablösen, die heute nicht nur für den privaten Wohnungsbesitz sondern auch für private Geschäftslokale verlangt werden. Jene, die Ablösen verlangen, argumentieren damit, daß man ihnen auf der Zinsseite etwas vorenthält, auf das sie Anspruch haben und deshalb wäre eine Ablöse als Vorauszahlung einer undotierten Leistung absolut berechtigt. Er möchte daher warnend feststellen, daß die Wohnungsfrage im Parlament eine wichtige Rolle spielt und man nicht genau weiß, wie die Lösung dieser Frage vorgenommen werden soll. Bei Bautenminister Dr. Kotzina liegen bereits verschiedene Vorschläge auf, unter anderem einer, daß der Zins pro Friedenskrone auf das Vierfache nachgezogen werden soll. Es kann also so sein, daß heute jemand ein Agio für eine Wohnung oder ein Geschäftslokal bezahlt und rechnen muß, im nächsten Jahr vielleicht schon den vierfachen Zins bezahlen zu müssen. Man müßte daher die Bevölkerung darüber aufklären, daß derartige Ablösen ungesetzlich seien. Immer wieder kommt es auch vor, daß Ablösen für Objekte verlangt werden, die in zwei oder drei Jahren demolierungsreif sind und weggerissen werden müssen. Auch das muß man den Leuten sagen, um sie vor Schäden zu bewahren.

GR. Julius Fischer (SPÖ) spricht von den Kleingärten, die vielfach aus der Not der Zeit geboren, heute einen nicht unerheblichen Anteil am sozialen Grün unserer Stadt darstellen. Wie bei der Beratung der Geschäftsgruppe VI schon aufgezeigt wurde, wendet die Stadt Wien für die Erhaltung und Erschließung von Gärten und Grünflächen auch im kommenden Jahr Millionenbeträge auf. Darüber hinaus tragen aber auch die Kleingärtner und Siedler durch die Gestaltung ihrer Gärten viel zu dem Grün bei. Insgesamt sind in Wien derzeit 11,297.590 Quadratmeter Grund - 5,735.874 Quadratmeter davon sind Gemeindegrund - an 34.116 Mitglieder des Kleingärtner- und Siedlervereines verpachtet. Rechnet man also, daß ein Garten von durchschnittlich drei Personen benützt wird, haben mehr als 100.000 Menschen dadurch einen gesunden Erholungsraum. Die Bitte dieser Kleingärtner sei es daher, bei aus städtebaulichen Gründen notwendigen Absiedlungen, nach Möglichkeit Ersatzgründe zur Verfügung zu stellen.

Der Redner ersuchte, im Zuge der Stadtplanung jene Gründe, die voraussichtlich noch 20 bis 30 Jahre nicht verbaut werden, dem Landesverband der Siedler und Kleingärtner zu übergeben.

Auch heuer wurden wieder neue Siedlungen angelegt, wobei die Stadt Wien die Aufschließung der Parzellen übernommen hat. In den neuen Kleingartenanlagen wurden auch Erholungsparks eingeplant.

Anschließend sprach der Redner den Bezirksvorstehern und den zuständigen Magistratsabteilungen den Dank für ihr Verständnis gegenüber der Kleingartenbewegung aus und bat sie um weitere Hilfe für deren Belange.

Gemeinderat Dr. Bohmann (SPÖ) meldete sich zu einigen grundsätzlichen Bemerkungen zum Mietenproblem zu Wort: Gemeinderat Dr. Ebert hat gesagt, daß eigentliche Problem bei einem Bodenbeschaffungsgesetz sei nur der gerechte Preis. Das wäre erfreulich. Es ist aber zu befürchten, daß auch in der grundsätzlichen Stellungnahme zu dieser Frage Differenzen bestehen. Die SPÖ tritt dafür ein, auch den privaten Hausbestand einer gewissen Regelung zu unterwerfen, wenn das Allgemeininteresse dies erfordert. Alljährlich werden in Wien zehntausend Privatwohnungen frei, die dann gegen Höchstablösen vergeben werden. Man wird zur Kenntnis nehmen müssen, daß auch die Sphäre des Privateigentums von den allgemeinen Interessen nicht unbeeinflusst werden kann, auch was Grund- und Bodenbesitz betrifft.

Das eigentliche Hindernis für ein Grund- und Bodenbeschaffungsgesetz ist nicht der gerechte Preis, sondern es sind die verschiedenen Junktims, die man mit diesem Gesetz verbinden möchte.

Auch das Problem der Ärztewohnungen ist sehr schwerwiegend. In Wien stehen 2.400 Fachärzten nur 1.200 praktische Ärzte gegenüber und dieses Verhältnis wird sich im Laufe der Zeit noch verschlechtern. Während manche Bezirke mit Ärzten überversorgt sind, verzeichnen andere einen ernststen Ärztemangel. Die Stadt Wien hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten heuer 20 Ärzte und Praktiker mit Wohnungen und Ordinationsräumen versorgt. Aber in vielen Stadtteilen gibt es gar keine Gemeindebauten und man ist wieder auf die privaten Wohnungen angewiesen. Auch in diesem Punkt müßte sich das Privateigentum einen Eingriff in seine geheiligte Sphäre gefallen lassen, weil es um das Allgemeinwohl geht.

GR. Hahn (ÖVP) wies auf die Bedeutung des Wohnungsproblems für Menschenschicksale hin und bezeichnete jenen Paragraphen des Mietengesetzes, der den Abbruch von Wohnhäusern erlaubt, wenn dafür mehr Wohnraum neu errichtet wird, als ein Damoklesschwert über dem Haupt vieler Mieter. Er führte einen konkreten Fall an, in dem der Oberste Gerichtshof den Abbruch eines gut erhaltenen Miethauses zugestimmt hat, obwohl dadurch 40 Mieter obdachlos wurden. Würden solche Fälle Schule machen, entstünden der Stadtverwaltung unlösbare Probleme. GR. Hahn fragte Stadtrat Glaserer, wieviele Fälle der genannte Paragraph des Mietengesetzes heuer hervorgerufen hat.

Auch die Praxis des Wohnbauförderungsbeirates, Neubauten auf Grundstücken vorzugenehmigen, wo noch bewohnte Häuser stehen, für die keine Abbruchbewilligung vorliegt, ist bedenklich.

Nach eingehender Aussprache kamen die ÖVP-Gemeinderäte zu der Ansicht, der Paragraph 19 des Mietengesetzes müßte neu gefaßt werden, um den Spekulanten endlich das Handwerk zu legen. Wegen des Widerstandes der ÖVP-Vertreter in einzelnen Bundesländern besteht der einzige Ausweg nach Ansicht der ÖVP in einer Verfassungsänderung, die die Mietengesetzgebung zur Landessache macht (Beifall bei SPÖ und ÖVP). Ein diesbezüglicher Dringlichkeitsantrag wurde an ÖVP-Bundesparteitag eingebracht und dem Generalsekretariat zugewiesen.

Ein Problem sind auch die Wechselwohnungen. Kleine Wohneinheiten in den oberen Stockwerken, die für Absiedlungsfälle bestimmt sind, stehen oft jahrelang leer, weil Absiedlungsfälle meist alte Leute betreffen, die nicht in den fünften Stock steigen können. Häufig werden diese Einzelräume mit 16 oder 18 Quadratmeter von Wohnungswerbern abgelehnt; weil sie ihnen zu klein sind.

Manchmal kommt es auch vor, daß jemand seine alte Privatwohnung zur Verfügung stellt, um eine größere Wohnung in einem modernen Gemeindebau zu bekommen. Es zeigt sich nun immer wieder, daß das Wohnungsamt diese Altwohnungen nur schwer anbringt, obwohl sie billig sind.

Zur Einführung eines Punktesystems verweist der Redner gleichfalls auf einen im Februar dieses Jahres eingebrachten ÖVP-Antrag. Die Vormerkungsbestimmungen bezeichnet er in manchen Teilen als nicht mehr zweckmäßig. Seine Fraktion sei zum Beispiel dagegen, daß Fälle vorgemerkt, aber praktisch nie erfüllt werden. Sehr wohl in Vormerkung genommen werden müßten jedoch zu Beispiel Fälle, in denen ein Ehepaar mit einem noch lebenden Elternteil, also drei Personen, auf Zimmer-Küche wohnt. Auch Untermieter sollten zumindest für die Sonderwohnungen offiziell vorgemerkt werden. Es gibt also sehr viel an dem bestehenden Vormerkungssystem zu bemängeln. Stadtrat Glaserer hat aber recht, wenn er meint, man wird hier nie alle Wünsche befriedigen können.

Zum Grazer System, das in der Debatte genannt wurde, bemerkt GR. Hahn, daß dieses einen großen Fehler aufweist: Wer die meisten Punkte hat, kann sich die Wohnung zumeist nicht leisten. Im übrigen ist Graz leider noch schlechter dran als Wien: Dort gibt es gegenwärtig 5.000 Vorgemerkte, für die bis Ende 1967 nur 870 Wohnungen zur Verfügung stehen werden.

GR. Hahn gibt sodann das Ergebnis einer Untersuchung von 2.000 vorgemerkten C-Fällen (vier und fünf Personen) bekannt: 1.552 Ehepaare mit zwei Kindern wohnen auf Zimmer-Küche, 448 sind noch weit schlechter dran. Auf die 10.000 vorgemerkten C-Fälle umgerechnet, ergibt das, daß 2.000 sehr schlechte Überbelagsfälle vorliegen und es sich bei 8.000 um sogenannte Massenfälle handelt. Stadtrat Glaserer wird sich hoffentlich bemühen, daß zuerst die 2.000 Fälle, die am schlechtesten dran sind, vorgezogen werden.

Zu dem im Vorjahr von der ÖVP eingebrachten Antrag bezüglich des Wohnungstypenschlüssels gibt der Redner seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß die ÖVP-Forderungen praktisch durchgeführt wurden, obwohl man den Antrag nicht angenommen hat. Ebenso erfreulich ist, daß in Zukunft auch in Montagebauten Einzelräume errichtet werden sollen; auch das hat die ÖVP gefordert.

Zur Frage "familiengerechte Wohnung" bemängelt der Redner die neuerrichteten Familien-Reihenhäuser in Siebenhirten. Die 90 Häuser, die dort errichtet wurden, sind viel zu klein für Familien mit mehr als zwei Kindern. Die Häuser haben weder Keller noch Abstellräume noch Dachböden.

Zur Zukunft des Wohnungsbaues in Wien stellt Gemeinderat Hahn fest: Bei der Verteilung der Bundesmittel auf die Länder werden alle Bundesländer versuchen, die für sie günstigsten Unterlagen zu verwenden. Das Argument des Wiener Finanzreferenten, wonach auch die Steuerkraft zu berücksichtigen sei, bezeichnet der Redner als nicht ganz diplomatisch, weil dadurch die Bundesländer mit den schlechtesten Wohnungen, nämlich Niederösterreich und Burgenland, nicht auf unserer Seite stehen würden. Nicht nur der Bevölkerungsschlüssel sollte maßgebend sein, sondern auch die überbelegten beziehungsweise die schlecht ausgestatteten Wohnungen. Bei den überbelegten Wohnungen ist die Steiermark am schlechtesten dran, dann folgen Niederösterreich, das Burgenland und Wien. Wien würde hier 22 Prozent erhalten. Bei den schlecht ausgestatteten Wohnungen allerdings steht Wien mit 30 Prozent in ganz Österreich an der Spitze, gefolgt von Niederösterreich mit 23,3 Prozent und der Steiermark mit 16,6 Prozent.

Die nach Ansicht der ÖVP einzig vertretbare Lösung dieses Problemes wäre, eine Mischung zwischen Bevölkerungsschlüssel, überbelegter Wohnung und schlecht ausgestatteter Wohnung zu finden. Diese Lösung würde die Bundesländer Wien, Niederösterreich, Steiermark und Burgenland bevorzugen. Die westlichen Bundesländer haben allerdings ein gewichtiges Argument: sie haben den größeren Bevölkerungszuwachs als Wien und bei ihnen gibt es auch nicht so viele leerstehende Wohnungen wie in Wien.

Gemeinderat Hahn stellt sodann folgenden Antrag: Da die Probleme der Stadterneuerung mit dem qualitativen Wohnungsfehlbestand eng zusammenhängen und darüber unterschiedliche Auffassungen bestehen, möge der Magistrat umgehend eine gründliche, auf wissenschaftlichen Methoden basierende Untersuchung über den qualitativen Wohnungsfehlbestand in Wien durchführen und deren Ergebnis der Landesregierung vorlegen.

Im weiteren betont der Redner, daß bei der Klausurtagung der SPÖ im Zusammenhang mit der Wohnungsfrage über etwas debattiert wurde, was die ÖVP schon lange verlangt hat. Die Pressekommentare dazu sind sehr unterschiedlich, und es würde interessant sein, zu hören, was wirklich kommen soll. Unter zahlreichen Zwischenrufen aus den Bänken der SPÖ betont der Redner, daß alle diese Ideen ja nicht neu sind und die ÖVP bereits 1963 einen diesbezüg-

lichen Antrag eingebracht hat. Der ÖVP-Antrag in der Budgetdebatte des vorigen Jahres geht noch näher an die jetzigen SPÖ-Pläne heran. Es erscheint daher unverständlich, daß die SPÖ im Finanzausschuß diese Anträge negativ beantwortete. Von Zwischenrufen unterbrochen, sagt Gemeinderat Hahn: "Aber wir kennen schon die Taktik der Sozialisten. Zu jeder guten Idee, die von uns kommt, sagt man zuerst grundsätzlich 'nein' und denkt erst dann darüber nach, ob man damit nicht doch besser fährt."

Im Sinne einer sachlichen Politik gehe es ihm nicht um das politische Primat, sondern um die Durchsetzung notwendiger Maßnahmen. Er stimme mit Vizebürgermeister Slavik darin überein, daß kein Bürger von der Erlangung einer Wohnung im Notfall ausgeschlossen sein soll. Im Zusammenhang mit der Neuordnung des Wohnungsbaues möchte er aber doch zur Debatte stellen, ob man nicht als Übergangslösung heute schon Baukostenzuschüsse verlangen könnte. Selbstverständlich müssen Rentner und Familien mit mehr Kindern ausgenommen werden.

Endziel muß es sein, daß jede Neubauwohnung, gleich ob aus Mitteln des Bundes, des Landes oder der Gemeinde errichtet, zu gleichen Bedingungen erhältlich ist.

Abschließend erklärt Gemeinderat Hahn, er hoffe, daß innerhalb der SPÖ die Diskussion über die Neuordnung des Wohnungsbaues zielstrebig geführt wird und nicht in Vergessenheit gerät.

Den Ansätzen dieses Kapitels werde seine Partei zustimmen.

Gemeinderat Windisch (SPÖ) verweist darauf, daß nach der letzten Volkszählung von 558.000 bewohnten Mietwohnungen in Wien 405.000 vor 1919 gebaut waren, das sind 73 Prozent.

Von diesen Wohnungen sind wiederum 287.000 (71 Prozent) Kleinwohnungen. Es ist keine Übertreibung, daß in Wien 200.000 Wohnungen abgebrochen werden müssen. Er freue sich, daß auch die Wiener ÖVP bereit ist, zuzugeben, wie schlecht die Situation ist.

Das Wohnungsproblem in Wien kann nur durch einen verstärkten Bau von Neubauwohnungen gelöst werden, alles andere wäre Flickwerk. Er sei auch der Auffassung, daß man in der Bauwirtschaft nicht am Plafond angelangt sei. Bei Ausschreibungen von Bauvorhaben habe man noch immer genügend Angebote bekommen.

Merkwürdig still geworden ist es auf Bundesebene um die Subjektförderung. Der Redner erinnert daran, daß die Stadt Wien hier die einzige und erste geblieben ist, die in der Subjektförderung etwas unternommen hat.

Nachdrücklich verweist der Redner auf die Notwendigkeit eines Baugrundbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes. Es gibt in Wien fast keine Grundstücke mehr, und wenn, dann zu horrenden Preisen, die sich die gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften nicht leisten können.

Der Redner urgiert auch Maßnahmen des Bundes zur Erhaltung des erhaltungswürdigen Althausbestandes. Wien hat hier sehr viel getan. Er glaube aber, daß die Leistungsfähigkeit unserer Stadt hier eine Grenze gefunden hat. 1954 wurden die zinsfreien Darlehen für die Erhaltung des Althausbestandes ins Leben gerufen, und 4,238.000 Schilling dafür ausgegeben. Fünf Jahre später waren es bereits 64,5 Millionen, weitere fünf Jahre später 198 Millionen und heuer sogar 300 Millionen. Dabei fungiert die Stadt Wien hier stellvertretend für den Bund, denn dessen Aufgabe wäre es, einen Reparaturausgleichsfonds zu schaffen.

Der Redner betont, die Sozialisten hätten keineswegs die Absicht, ganz Wien niederzureißen. Wir lieben unsere Stadt und werden alles dazu beitragen, um zu verhindern, daß alte denkmalgeschützte oder typisch zu Wien gehörende Häuser abgerissen werden. Er denke hier nur an das Beispiel Blutgasse. Er ersuche die ÖVP, nochmals, mit ihren Freunden auf Bundesebene zu reden, daß hier etwas geschieht. In diesen Zusammenhang: Er war sehr beeindruckt von den Worten von Vizebürgermeister Dr. Drimmel vergangener Woche. Es komme ihm jedoch so vor, wie wenn diese Haltung, die Dr. Drimmel zum Ausdruck gebracht hat, das ganze Jahr über in einem Koffer mit doppeltem Boden verborgen wäre, in den wir nur während der Budgetdebatte hineinschauen dürfen. In dem zweiten Boden aber liegen die Handlungen, die die Bundesfraktion der ÖVP gegen Wien setzt. Wir haben nichts von ihrem Bekenntnis, sagt der Redner zu den Bänken der Volkspartei, wenn ihre Fraktion auf der Bundesebene nicht bereit ist, in der einen oder anderen Frage nachzugeben.

Die Frage des Reparaturausgleichfonds darf nicht mehr länger hinausgeschoben werden, sie ist dringend auf Bundesebene zu regeln. Ein weiteres hinausschieben würde dazu führen, daß die Häuser in Wien verfallen. Die Gemeinde hat in den zwölf Jahren gemacht was sie konnte und insgesamt 1,5 Milliarden Schilling stellvertretend für den Bund zur Verfügung gestellt.

Persönlich hält es der Redner nicht für wahrscheinlich, daß das Wohnungsproblem durch die Vergabe von Privatwohnungen durch die Gemeinde gelöst würde. Es sei niemandem zumutbar, in ein altes Haus eingewiesen zu werden, das den heutigen Erfordernissen überhaupt nicht entspricht. Die Lösung des Gesamtproblems kann seiner Meinung nach nur darin liegen, daß man mehr moderne Wohnungen baut. Zur Wohnungsgröße: Man sollte nicht ständig lizitieren, groß, größer und noch größer. Bedenken wir doch, daß die Mieter in den großen Wohnungen außer der Miete auch für die entsprechenden Nebenkosten aufkommen müssen. Nach Ansicht des Redners sei im allgemeinen eine Wohnungsgröße von 70 Quadratmetern ausreichend, gibt es doch in Wien tausende Menschen, die mit zwei oder drei Kindern in einer Zimmer-Küche-Wohnung leben müssen. Man sollte nicht von einem Extrem ins andere fallen. Bei den Genossenschaften sei man bemüht, möglichst große Wohnungen zu schaffen. Es kommt aber immer wieder dazu, daß die Betroffenen sagen, Wohnungen mit 80 oder mehr Quadratmetern kämen ihnen zu teuer.

Der Redner nimmt dann zu einem von Minister Dr. Kotzina gegebenen Interview Stellung, in dem der Minister erklärt haben soll, die Österreicher hätten es sich angewöhnt, umsonst zu wohnen. GR. Windisch stellt fest, daß man in den Genossenschaften und in den letzten Jahren auch bei der Gemeinde Wien, wenn man eine Mittel- oder größere Wohnung hat, ein Drittel oder ein Viertel seines Einkommens für den Mietzins aufwenden muß. Während wir in unseren Löhnen in der europäischen Statistik an 13. Stelle liegen, sind die Baukosten bei uns zumindest gleich hoch, vielfach sogar höher, als in den anderen europäischen Ländern. Das sei ein Mißverhältnis, das man nicht außer Acht lassen dürfte. Wenn man dann noch mitrechnet, daß unsere Altwohnungen keine Wohnungen, sondern nur "Notbehausungen" sind, wird man erkennen, wie falsch eine solche Ansicht vom "Umsonstwohnen" ist.

Bei einer Beurteilung unserer Situation soll man daher nicht nur jene Gesichtspunkte zu Vergleichszwecken heranziehen, die gerade ins Konzept passen, sondern alle Gegebenheiten.

Das Kernstück der von der ÖVP geplanten Wohnungsreform sei bekanntlich die Möglichkeit des Abschlusses freier Vereinbarungen bei Neuvermietungen. Die Sozialisten haben sich dagegen gewehrt, weil sie der Meinung sind, daß durch diese Möglichkeit der Ablösewucher nicht beseitigt wird. Diese Auffassung wurde durch einen Artikel in der Hausbesitzerzeitung bestätigt.

Hätte man sich nicht nur in Wien, sondern auch auf Bundesebene vor Jahren bereits zusammengesetzt und sachlich über das Problem diskutiert, wäre man wahrscheinlich zu einer Lösung gekommen. So aber haben von außen zum Teil Menschen mitgeredet oder geschrieben, die von der Materie keine Ahnung haben und es entstand eine Atmosphäre, die eine sachliche Lösung unmöglich machte.

Zu GR. Maller: Die meisten Baugenossenschaften seien bemüht, zu erträglichen Preisen und Mieten gute Wohnungen zu bauen.

Zu Dr. Schmidt: Es sei selbstverständlich, daß das Wohnungsproblem ein Faß ohne Boden ist. Wir haben schließlich eine Zuwanderung und steigende Geburtenzahlen, eine Minderung durch den Abbruch alter Wohnungen und ähnliches. Das ist aber in allen europäischen Großstädten so. Jede Großstadt ist ein Anziehungspunkt für die Menschen ihres Unlandes und es kann daher in keiner Großstadt das Wohnungsproblem jemals vollkommen gelöst werden. Entschieden muß man sich jedoch gegen die Ansicht von Dr. Schmidt verwehren, daß man über das Wohnungsproblem fröhlich und munter hinweggehe. So liegen die Dinge nicht und auch GR. Dr. Schmidt könnte das nur entgegen besseres Wissen gesagt haben. Die Sozialisten haben sich während der letzten 15 Jahre ernst mit den Problemen beschäftigt. Eine Bestätigung dafür habe man in der zerbrochenen Koalition, denn nicht zuletzt die Lösung des Wohnungsproblems hat zum Bruch geführt. Gemeinderat Hahn habe von einem Damoklesschwert gesprochen, das über den Häuptern der Mieter schwebt. Dazu ist zu sagen, die ÖVP-alleinregierung habe jederzeit die Möglichkeit, im Parlament durch die Änderung des diesbezüglichen Paragraphen eine Klärung der Situation herbeizuführen. In Wien gibt es für solche Fälle keine Fondsmittel.

Auch die Wohnungsvergabe nach einem Punktesystem würde nichts bringen. Der Redner ist überzeugt davon, daß jede Änderung in der Bewertung nur Unruhe in die Bevölkerung tragen würde.

Am Rande des Bautenskandals: Den Sozialisten wird immer wieder in die Schuhe geschoben "Sie wollen den Prinke unbringen" oder ähnliches. Ich freue mich nicht über den Fall Prinke und will persönlich auch nicht glauben, daß er etwas genormen hat. Wir in der SPÖ würden uns freuen, wenn die Untersuchungen die Haltlosigkeit der Anschuldigungen ergäben.

Wir wehren uns aber auch dagegen, daß uns Dinge unterschoben werden, von denen wir vielleicht weiter entfernt sind, als einzelne Personen in der ÖVP.

Ich bitte Sie abschließend, helfen Sie alle mit, das menschlich schwierigste Problem unserer Stadt, das Wohnungsproblem, mit uns gemeinsam zu lösen. Die SPÖ wird alles dazu tun, was in ihrer Macht steht.

Auch die Bestimmungen der neuen Wiener Wohnbauaktion sind für uns kein Dogma. Seit längerer Zeit wird die Frage geprüft, wie man diese Aktion durch Änderung der Bedingungen attraktiver machen könnte. Wir gehen aber erst dann an die Öffentlichkeit, wenn ein Problem geklärt ist.

In seinem Schlußwort dankte Stadtrat Franz Glaserer (SPÖ) allen Debattenrednern für die sachlichen Ausführungen. Die Anregungen sollen aufgegriffen und geprüft werden. Zu den einzelnen Diskussionsbeiträgen ist zu sagen: Der soziale Wohnbau ist aus dieser Stadt überhaupt nicht mehr wegzudenken (Beifall bei der SPÖ). Er kann seine Form ändern, aber er wird immer bestehen bleiben, weil er unentbehrlich ist.

Ein Vergleich mit der Wohnbaufinanzierung vor 1934 zeigt, daß heute genau dieselbe Methode wie damals angewendet wird. Auch heute wird der Bauaufwand zur Gänze abgeschrieben und die Mietzinse sind, wenn man die Kaufkraft berücksichtigt, keineswegs höher als in der Ersten Republik.

Daß der Wohnbau ein Faß ohne Boden ist, geht vor allem auf den qualitativen Wohnungsfehlbestand zurück. Dieser ist ein Erbe aus der Gründerzeit, die uns mehr als 200.000 schlechte und kleine Wohnungen hinterlassen hat. Wegen dieser Situation fordern wir ja das Assanierungsgesetz immer wieder. Derzeit bauen wir am Stadtrand, während in den inneren Bezirken die alten Wohnungen bestehen bleiben, die nicht mehr zeitgemäß sind und in die daher niemand mehr hinein will.

Zu der Frage "protegiertes" Wohnungswerber: Genannt wurden dabei unter anderem Künstler. Dieser Personenkreis macht nur einen Promillesatz der Wohnungszuweisungen aus. Es gibt jedoch keine Stadt der westlichen Welt, die nicht dafür sorgen würde, daß ein namhafter Künstler, der in diese Stadt berufen wird, da auch eine Wohnung erhält. Wir könnten sagen, Künstler des Burgtheaters oder der Staatsoper gehen uns nichts an, das ist Bundes-sache. Aber in der Welt werden diese Institutionen mit Wien identifiziert und daher muß die Stadt notfalls auch dafür sorgen, daß Künstler Wohnungen erhalten.

Eine Einkommensgrenze für Wohnungswerber wurde oft diskutiert. Aber welches Einkommen soll man zugrunde legen, das der ganzen Familie, oder das des Ehepaares? Das Einkommen des Ehepaares kann sich plötzlich ändern, wenn die Frau eine Arbeit annimmt, sobald sie die Gemeindewohnung hat. Unser Wohlstand beruht ja vielfach auf dem Doppel- und Nebenverdienst. Lohnstreifen werden von den Wohnungsämtern verlangt, aber wenn dann Bedenken laut werden, ob der Wohnungswerber die Mieten einer neuen, zentralgeheizten Wohnung auch aufbringen kann, werden Nebeneinkommen ausgewiesen, die höher sind, als das Haupteinkommen. Bei den Überlegungen über die Neugestaltung der Wohnungsvergabe wird auch die Frage der Einkommensgrenze berücksichtigt werden, aber wir suchen dafür eine bessere und gerechtere Lösung.

Wer eine Wohnung aus Steuergeldern erhält, muß natürlich zumindest für kostendeckende Betriebskosten aufkommen. Die Abstellräume in der Baugler Gasse haben vier Quadratmeter. Da bringt man schon einiges unter. Das sollte man sich zumindest anschauen, bevor man darüber spricht. Die Wiener ÖVP ist der Meinung, man müßte die Wohnungsgesetzgebung in die Landeskompetenz überführen. Aber warum sollte man darauf warten, wenn man den unstrittenen Paragraphen 19 des Mietengesetzes auch im Parlament ändern kann.

Es erhebt sich die Frage, ob seitens der ÖVP nicht Versprechungen gegenüber den Hausbesitzern in Bezug auf die Mietengesetzgebung vorliegen, die durch die Übertragung der Mietengesetzgebung in die Landeskompetenz eingelöst werden sollten. (Zwischenruf Vizebürgermeister Dr. Drimmel: "Dies war ein Teil des Forderungsprogramms der Länder an den Bund".)

Die alten Wohnungen von Mietern, die eine neue Gemeindewohnung bekommen, werden von älteren Menschen meist sehr gern genommen. Wir wollen die Verfügungsberechtigung über diese Altwohnungen aber vor allem auch deshalb, weil wir nicht einsehen, warum die Hausbesitzer Nutznießer des kommunalen Wohnbaus werden sollen, wenn sie die freiwerdenden Wohnungen gegen hohe Ablösen verkaufen.

Die Forderung, auch Ehepaare mit einem Kind vorzumerken, wird erst dann erfüllt werden können, wenn alle Überbelagsfälle gelöst sind. Jetzt schon zu einer solchen Praxis überzugehen, wäre ein Betrug an den Vorgemerkten, denen eine Hoffnung vorgespiegelt würde, die man dann doch nicht erfüllen könnte.

Man kann nicht "familiengerecht" bauen. Ob eine Wohnung einer bestimmten Größe "familiengerecht" ist, hängt doch ausschließlich davon ab, wie groß die darin eingewiesene Familie ist. Ob familiengerecht oder nicht entscheidet sich immer erst im Einzelfall.

Wien hat einen geringen Bevölkerungszuwachs, ist aber das Bundesland mit der stärksten Wanderbewegung. Dies hat auch Konsequenzen auf dem Wohnungssektor. Kinder von Zugewanderten müssen als Wiener Kinder behandelt und wenn nötig aus gesundheitsschädigenden Wohnungen herausgenommen werden.

Zur Änderung der Wiener Wohnbaupolitik stellt der Berichterstatter fest: Es gibt bestimmte Dinge, die nur in einer bestimmten Zeit reif werden und zur Sprache gebracht werden können. Es ist klar, daß überall darüber diskutiert wird, aber dann muß man uns zugestehen, daß auch wir uns darüber den Kopf zerbrechen. Wir halten es so, daß wir erst dann in die Öffentlichkeit gehen, wenn die Verwirklichung der Pläne in greifbare Nähe gerückt ist. Es würde keine Lösung darstellen, würde die Gemeinde Wien, wie behauptet wird, zehn Prozent an Eigenmitteln von den Wohnungswerbern einheben.

Die Ungerechtigkeit ist ja erst durch das Ansteigen der Preise in der Bauwirtschaft und durch die herrrenden Beträge entstanden, die heute etwa für eine 2 1/2-Zimmer-Wohnung verlangt werden. Solange die Preise erschwinglich waren, hatte das Problem keine Dringlichkeit. Wenn aber heute auf den Genossenschaftssektor - und der macht ja 50 Prozent des Wohnungswesens in Wien aus - für eine 2 1/2-Zimmer-Wohnung 100.000 bis 120.000 Schilling bezahlt werden müssen, dann gibt es keine gleichen Startbedingungen für alle. Im übrigen kommt es auch darauf an, mit welchen Fondsmitteln gebaut wird. 20.000 bis 25.000 Schilling, das entspräche den zitierten zehn Prozent, stünden in keiner Relation zu den 120.000 Schilling. Deshalb soll ein Weg gefunden werden, der allen gleiche Startbedingungen bietet. Wir müssen vor allem die Jugend vor die Alternative stellen: Was willst du zuerst, einen guten Wagen oder eine gute Wohnung? Was ist dir wichtiger? Willst du zuerst auf einen Wagen oder zuerst auf eine Wohnung sparen? Unser oberstes Ziel ist daher: Wer sparsam wirtschaftet, muß die Möglichkeit haben, zu einer Wohnung zu kommen.

Wir werden unser Konzept der Öffentlichkeit vorlegen, und Sie, Herr Gemeinderat Hahn, werden auch dann Ihren Kren dazugeben können. Vorher aber hat es keinen Sinn, darüber viel zu reden. Sie haben es einfach, Sie müssen das, was Sie vorschlagen, nicht durchführen. (Zwischenruf von Vizebürgermeister Dr. Drimmel: "Es wird uns doch erlaubt sein, eine Alternative vorzulegen, die Sie zur Kenntnis nehmen können.") Das ist richtig. Was wir aber nicht wollen, ist ein dauernder "Etzesgeber". (Zwischenruf von Vizebürgermeister Dr. Drimmel: "Da müssen wir uns zuerst über den Unterschied zwischen Kren und Etzes einig werden!")

Bei der Abstimmung über die Gruppe Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen werden die Ansätze des neunten Hauptstückes mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen. Die beiden Anträge der ÖVP werden einstimmig der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Der Vorsitzende, Gemeinderat Eleonora Hiltl (ÖVP), unterbricht die Sitzung.

Die Beratungen werden morgen, Dienstag, den 20. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten, fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Dr. Pius Prutscher (ÖVP).

(Ende des Sitzungsberichtes)

Bgm. Bruno Marek überreichte Silberne Ehrenmedaillen der Stadt Wien
=====

Christl Mardayn, Fritz Illing und Hans Ranzoni ausgezeichnet

19. Dezember (RK) Im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses überreichte heute vormittag Bürgermeister Bruno Marek die vom Wiener Gemeinderat verliehenen Ehrenmedaillen der Bundeshauptstadt Wien in Silber an die Schauspielerin Professor Christl Mardayn, den Direktor des Mariahilfer Heimatmuseums, Fritz Illing, und den Kupferstecher und Graphiker Professor Hans Ranzoni.

An der musikalisch umrahmten Überreichungsfeier - das Neue Wiener Streichquartett spielte Musik von Ludwig van Beethoven und Wolfgang Amadeus Mozart - nahmen neben Bürgermeister Marek Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer, die Stadträte Kurt Heller, Maria Jacobi, Gertrude Sandner und Dr. Maria Schaumayer sowie mehrere Mitglieder des Wiener Gemeinderates teil. Unter den Festgästen sah man zahlreiche Persönlichkeiten des künstlerischen Lebens unserer Stadt.

Die Träger der Ehrenmedaillen

Kulturstadtrat Gertrude Sandner stellte die drei neuen Träger der Silbernen Ehrenmedaille der Stadt Wien vor und würdigte ihre Leistungen:

"Professor Christl Mardayn, Direktor Fritz Illing und Professor Hans Ranzoni - alle drei stammen aus Wien und können ihre Herkunft nicht verleugnen. In ihrer Tätigkeit prägt sich die Wiener Wesensart unverkennbar aus.

Die angeborene Musikalität und beschwingte Grazie der echten Wienerin offenbarte sich bei Christl Mardayn bereits im Kindesalter so stark, daß ihr der Weg zu einer glanzvollen Bühnenlaufbahn vorgezeichnet zu sein schien. Sie hat gehalten, was sie schon damals versprach, und erreichte bald unter den markanten Persönlichkeiten des Theaterlebens ihrer Heimatstadt eine Spitzenstellung.

Ihre Leistungen haben ihr aber auch über den engeren lokalen Rahmen hinaus innerhalb des ganzen deutschen Sprachgebietes den Ruf einer der besten Interpretinnen der von ihr im Theater und im Film vertretenen Rollenfelder eingetragen. Mit einem urwüchsigen,

entwicklungsfähigen Talent begabt, vermochte sie ihr stimmliches und schauspielerisches Können in ernster Arbeit an sich selbst so zu steigern, daß sie als Opernsängerin und erste Operettensoubrette, als Lustspieldarstellerin und Salondame in heiteren und ernstesten, klassischen und modernen Stücken Triumphe feierte.

Ihre Gestaltungen entsprechen dem einfachen Volksempfinden wie dem verwöhnten Publikumsgeschmack und enthielten jenes undefinierbare Fluidum weiblicher Anziehungskraft, welches das Wesensmerkmal des Charmes ist. Sie drückte in ihrem nuancenreichen Spiel sprühenden und unbeschwertem Frohsinn ebenso natürlich aus, wie sie den aus der Tiefe kommenden Ton fraulicher Güte und hintergründiger Dämonie zu treffen wußte, und sie beherrschte alle Wirkungsmöglichkeiten mit überlegener Sicherheit. Es war daher ein unso größerer Gewinn, daß eine Künstlerin ihres Formates bewogen werden konnte, am Konservatorium der Stadt Wien ein Lehramt zu übernehmen. Selbstverständlich meisterte sie auch diese neue Rolle, so daß ihre pädagogische Arbeit sehr viel zur Heranbildung unseres Nachwuchses beitrug.

Fritz Illing verdient unseren besonderen Dank für die aufopferungsvolle Arbeit, die er bei der Gründung und Leitung des Mariahilfer Heimatmuseums geleistet hat. Daß er darüber hinaus auch als Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft der Wiener Heimatmuseen tätig war und bis heute tätig ist, verbindet ihn mit allen an unserer engeren Heimat interessierten Menschen.

Heimatmuseen und alle jene Bestrebungen, die in breiten Bevölkerungsschichten das Verständnis für die kulturelle Bedeutung unserer Heimat vertiefen wollen, verdienen besondere Anerkennung. Daher muß die Tätigkeit Fritz Illings, der sich selbst noch viele Jahre voller Schaffenskraft wünscht, um für das ihm anvertraute Museum weiterhin Ersprießliches leisten zu können, vom kulturellen und volksbildnerischen Standpunkt aus als besonders wertvoll bezeichnet werden. Trägt sie doch seit langem dazu bei, durch Ausstellungen, Vorträge und Publikationen vor allem bei der Jugend das Interesse an der Wiener Lokalgeschichte und an der Entwicklung **unserer** Heimatstadt zu erwecken. Auch die Wissenschaft, besonders die

Viennensia-Forschung, kann daraus Nutzen ziehen.

Professor Hans Ranzoni kann der große Erfolg seiner künstlerischen Tätigkeit mit Genugtuung und berechtigtem Stolz erfüllen. Ist er doch als Schöpfer einer Fülle meisterhafter Exlibris, Urkunden, Briefmarken und Banknoten weit über die Grenzen Österreichs hinaus bekannt und hoch geschätzt. Ebenso erfolgreich wie die freie Berufsausbildung verlief seine Lehrtätigkeit, der zahlreiche Schüler eine gediegene Ausbildung auf dem Fachgebiet der Graphik verdanken.

Der Familientradition, die sein Vater, der langjährige Künstlerhauspräsident gleichen Namens begründet hatte, und dem eigenen Drange folgend, hat Professor Ranzoni sein Leben ganz in den Dienst der Kunst gestellt und als Meister des Stahl- und Kupferstiches seinen internationalen Ruf begründet. Der Stahl- und Kupferstich erreichte durch ihn eine bewundernswerte Höhe des künstlerischen Ausdrucks. Besondere Anerkennung fanden seine Markenserien. Umfassende Kollektivausstellungen seiner Werke, für die er verschiedene Preise erhielt und von denen sich viele im Besitz öffentlicher und privater Sammlungen befinden, fanden im In- und Ausland statt. Die Graphische Lehr- und Versuchsanstalt, eine der angesehensten Unterrichtsstätten unseres Landes, an der er seinerzeit selbst studierte, wurde zum Mittelpunkt seiner verdienstvollen pädagogischen Tätigkeit. Aus seiner Schule ist ein guter Nachwuchs hervorgegangen.

Es muß für unsere drei Jubiläre schön und beglückend sein, feststellen zu können, daß ihre Lebensarbeit nicht vergebens war, sondern wertvolle Früchte getragen hat und verdiente Anerkennung findet. Heute erhalten sie einen neuen überzeugenden Beweis dafür, wie hoch ihre Vaterstadt sie und ihre Leistungen einschätzt. In diesem Sinne gratuliere ich namens des Kulturrates der Stadt Wien wie auch in meinem eigenen Namen aus ganzem Herzen zu der Ehrung, die Ihnen jetzt zuteil wird."

Die Festrede von Bürgermeister Marek

Anschließend hielt Bürgermeister Bruno Marek die Festansprache. Er führte aus:

"Mit der heutigen Feier der Überreichung von drei Ehrenmedaillen in Silber beschließen wir auch den Jahreskreis von Ehrungen, die uns mit einer großen Zahl von ehrenswürdigen Wiener Persönlichkeiten aus allen Gebieten bekannt gemacht haben. Wenn ich sage: eine große Zahl - so ist nicht damit gemeint, daß unsere Stadt vielleicht einen Regen von Medaillen ausgeschüttet hat. Nein - eine Ehrenmedaille der Stadt Wien zu bekommen, ist gar nicht leicht, und die Träger einer solchen Medaille können sich mit gutem Gewissen und mit Befriedigung sagen, daß sie unter einer großen Zahl, die zur Auswahl standen, als die Würdigsten befunden wurden. Daß trotz einer gewissenhaften Prüfung heuer eine große Zahl von Ehrenmedaillen verliehen werden konnte, spricht für den Reichtum des geistigen und kulturellen Lebens unserer Stadt.

Die Liebe zu Mariahilf

In alphabetischer Reihenfolge steht der Leiter des Heimatmuseums Mariahilf Fritz Illing an erster Stelle. Selbst ein begeisterter Mariahilfer, kann ich mich noch recht gut erinnern, mit welchem Fanatismus Fritz Illing bereits in den ersten Wochen nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes an die Arbeit gegangen ist. Auf Weisung der sowjetischen Besatzungsmacht mußten damals auch die Bezirke Kulturreferenten haben, solange Wien nicht in Besatzungszonen aufgeteilt war. Als ein solcher Kulturreferent hat sich damals Fritz Illing dem Bezirk zur Verfügung gestellt und trotz Schuttbergen in den Straßen und Hunger in den Mägen die ersten Ausstellungen zusammengestellt und die ersten kulturellen Veranstaltungen organisiert. Er war so tüchtig und konnte sogar schöne Räume erobern. Fritz Illing hatte damals einen erstaunlichen Erfolg.

Als dann der Alltag der ordnungsmäßigen Verwaltung auch in unseren Bezirke eintrat, behielt er seinen volksbildnerischen Ehrgeiz und machte sich daran, ein Heimatmuseum von Mariahilf aufzubauen. Mit unermüdlicher Beharrlichkeit und Entdeckerfreude hat er einen Fundus von kulturhistorischen und topographischen

Gegenständen zusammengestellt, auf den die Mariahilfer stolz sind. Seine Ausstellungen, wie etwa 'Mariahilfer Straße', haben nicht nur die Mariahilfer gefreut, sondern zahlreiche Besucher aus allen Bezirken angezogen. Dank seiner Zähigkeit kann seit einiger Zeit das Mariahilfer Heimatmuseum auch eigene 'Heimatblätter' herausbringen, die die Geschichte unseres Bezirkes behandeln. Illing ist nach dem Nestor der Wiener Heimatforscher, Prof. Pemmer, der zweite Mann der Heimatmuseen, der mit der Verleihung einer Ehrenmedaille der Stadt Wien geehrt wird. In seiner Person soll des ganzen Kreises dieser begeisterten Männer und Frauen gedacht werden, die ihre ganze Freizeit und ihre Arbeitskraft der Erforschung der Geschichte, der Tradition und der kulturhistorischen Merkwürdigkeiten opfern.

Die Liebe zum Wiener Theater

Man findet in Essays über einen Schauspieler oft den Satz: 'der Bogen seiner Rollen ist weit gespannt', womit gesagt werden soll, daß die Verwandlungsfähigkeit des Künstlers Rollen aller Genres zu erfassen weiß. Bei Christl Mardayn müßte man aber weiter gehen und fragen 'Was kann sie eigentlich nicht spielen?' Wie ist es möglich, daß sie so grundverschiedene Gestalten wie die Königin in Grillparzers Drama 'Ein treuer Diener seines Herrn' oder die Wirtin zum 'Weißen Rössl' und schließlich das saftige Waschweib aus der napoleonischen Zeit in 'Madame sans Gene' und die liebesbedürftige Amerikanerin in Venedig so spielt, daß wir bei jeder Gestaltung aufs Neue sagen müssen: 'Ja, das ist die typische Rolle für die Mardayn - als ob sie für sie geschrieben worden wäre'.

Ich glaube, bei dem Phänomen Christl Mardayn genügt die Beurteilung als Schauspielerin allein nicht. Diese Kunst kann man nicht mit dem Vokabular des Theaterkritikers allein beschreiben. Aus Christl Mardayn spricht eben die Wienerin, wir nur wir Wiener sie vielleicht ganz verstehen können. Sie ist die Frau, die die Liebe des Wieners zum Theater und zum Theaterspielen verkörpert und die wieder in ihrem Spiel imstande ist, das wienerische Wesen in allen seinen Spielarten auszudrücken. Und dieses Wiener Wesen geht eben vom heiter Anmutigen über die Reschheit bis zum Tragischen, das mit ein bißchen Ironie ebenso hingenommen wird.

Lassen sie mich Oskar Maurus Fontana zitieren, der von ihr sagt: 'Ihre Frauen sind bei aller verführerischen Pikanterie doch niemals Luxus- und Haremsgeschöpfe, sondern sie stehen mitten im wirklichen Leben und sehr oft bewähren sie sich auch im tätigen Leben. Es ist geradezu das Zeichen der Mardaynschen Frauengestalten, daß sie stark, lebenstüchtig, tapfer, selbständig, unabhängig, unkäuflich sind'. Mit diesen Worten ist das Wesen der Künstlerin gut charakterisiert. Wir verstehen damit, daß sie ebenso viele Saiten im Wesen unserer Wienerin anklingen läßt. Frau Mardayn hat ihre reiche künstlerische Erfahrung in den letzten Jahren dem Konservatorium der Stadt Wien als Lehrer zur Verfügung gestellt. Sie ist also sozusagen eine städtische Beamtin gewesen. Auch dafür dankt ihr unser Wien mit der Verleihung der Ehrenmedaille.

Die Liebe zu den kleinen Dingen

Österreich ist nicht nur das Land der Burgen und der Dome, nicht nur ein Land der großen Kunstwerke, sondern auch ein Land der kleinen und kleinsten Kunstwerke; Kunstwerke, die nicht nur der begeisterte Sammler in seine Alben klebt, sondern Kunstwerke, die der Finanzverwaltung Einnahmen und viele Aufträge aus den fernen und fernsten Ländern bringen - ich meine die Briefmarke. Daß aber gerade unser kleines Land ein Land der schönen Briefmarken ist, daß es seinen Ehrgeiz darainsetzt, diese kleinen Stückchen Papier zu kleinen Meisterwerken der Stecherkunst zu machen, verdankt es seinen Meistern auf diesem Gebiete. Und unter diesen ragen der Meister Cossmann und sein Schüler Hans Ranzoni der Jüngere besonders hervor.

Man hat einmal gesagt, daß der Kupfer- und der Stahlstich die Kammermusik unter den graphischen Künsten ist. Wenn man die Briefmarken des Meisters Ranzoni im Stahlstich und seine ex libris im Kupferstich betrachtet und an diesen mit den feinsten Details herausgearbeiteten Porträts, Gebäuden, Kunstwerken, Blumen und Tieren seine helle Freude hat, so versteht man dieses Wort. Man versteht auch, daß die Schöpfer dieser graphischen Kunstwerke Menschen sein müssen mit Liebe zu den kleinen Dingen, innerlich gefestigt und geduldig. Wenn man Ranzonis Briefmarke mit dem Bildnis Anton Pilgrams betrachtet, so wird man als Laie überhaupt nicht verstehen, wie dieses feine **Gespinnst** gotischer Steinmetzkunst so kongenial

mit den Stichen auf die kleine Stahlplatte gebannt werden kann.

Genau die gleiche Sorgfalt spricht auch aus seinen zahlreichen ex libris, bei deren Entstehung der Künstler auf den Wunsch des Bestellers Rücksicht zu nehmen hat. Auch hier zeigt der graphische Künstler seine **freiwillige** Unterordnung unter die Dinge. Briefmarkenserien Ranzonis sind nahezu auch eine Geschichte des kulturellen Lebens unserer Stadt. Seine Serien über die Wiedererstehung von Staatsoper und Burgtheater, über die Reise der Wiener Philharmoniker um die Welt, seine Künstlerporträts auf Sondermarken zu den Gedenktagen großer Österreicher - sie alle sind illustrierte Kulturgeschichte. Wir hoffen, daß Prof. Ranzoni uns noch viele schöne Arbeiten bescheren wird."

Im Namen der Ausgezeichneten dankte Professor Fritz Illing für die Ehrung.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

=====

19. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Chinakohl 4 S, Kohl 4 S bis 5 S, Champignons ab 24 S je Kilogramm.

Obst: Apfel 5 bis 8 S, Birnen 6 bis 8 S, Orangen 4.50 bis 6 S je Kilogramm.

- - -

65. Geburtstag von Weihbischof Jakob Weinbacher

=====

19. Dezember (RK) Am 20. Dezember vollendet der Erste Generalvikar der Erzdiözese Wien Weihbischof DDr. Jakob Weinbacher das 65. Lebensjahr.

Er wurde nach Absolvierung des Theologiestudiums an der Universität seiner Vaterstadt Wien 1924 zum Priester geweiht und wirkte als Kooperator in Laa a.d. Thaya. 1926 erfolgte seine Ernennung zum erzbischöflichen Zeremoniär. 1939 wurde er verhaftet und nach Mecklenburg verbannt. Die beiden letzten Kriegsjahre verbrachte er im Gefängnis. Nach Kriegsende kehrte Dr. Weinbacher sofort nach Wien zurück. Er wurde zum Domkapitular ernannt und mit der Leitung der Caritas betraut. Ein neuer Wirkungskreis erwuchs ihm, als ihn Papst Pius XII. zum Direktor der Anima in Rom berief. Auch als Konsultor römischer Kongregationen und als Mitglied der Konzilsvorbereitungskommission war er tätig. Als Anerkennung für die von ihm geleistete Arbeit erhielt er das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich und das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland. Nach dem Tod Weihbischofs Dr. Streidt kehrte Jakob Weinbacher nach Wien zurück und trat im Herbst dieses Jahres wieder sein Amt als Erster Generalvikar der Erzdiözese an.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 19. Dezember

=====

19. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: O. Neuzuführen:
Inland 49 Ochsen, 269 Stiere, 477 Kühe, 113 Kalbinnen, Summe 908.
Gesamtauftrieb dasselbe, verkauft wurde alles.

Preise: Ochsen 13.50 bis 16.80 S, extrem 17 bis 17.50 S
(4 Stück), Stiere 13.70 bis 16.40 S, Kühe 9.70 bis 13 S, extrem
13.30 bis 14.50 S (3 Stück), Kalbinnen 13 bis 15.80 S, extrem
16 S (3 Stück), Beinlvieh Kühe 8 bis 9.50 S, Ochsen und Kalbinnen
10.30 bis 12.80 S.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich bei Stieren um einen
Groschen, bei Kalbinnen um 6 Groschen und erhöhte sich bei Ochsen
um 14 Groschen, bei Kühen um 11 Groschen je Kilogramm. Die Durch-
schnittspreise einschließlih Beinlvieh betragen bei Ochsen
14.87 S, Stieren 15.04 S, Kühen 10.70 S, Kalbinnen 14.20 S.
Beinlvieh verteuerte sich bis zu 30 Groschen je Kilogramm.

- - -